

Bezugspreis
für Halle monatlich bei postmässiger
Zustellung 1,40 Mark, vierteljährlich
4,20 Mark, durch die Post 4,65 Mark
ausserhalb Zustellungsgebiete. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Saale-Zeitung eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Fernruf der Geschäftsstelle Nr. 1149,
der Zeitungsverteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 6000.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweimundsfünftiger Jahrgang.

Regelung
werden die 7 gepaltene Kolonialzettel
oder demnächst mit 50 Pf. berech-
net und in weiteren Formgeschäften
und allen Anzeigengeschäften ange-
nommen. Reklamen die Seite 1 Mt.
Schluss der Anzeigen-Annahme
vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-
nummern abends 6 Uhr. Abbestellun-
gen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erscheinungsort: Halle a. S.
Erscheinungst. 2mal, Sonntags 1mal.
Schlesische und Saale-Verlags-
Stelle: Halle, Gr. Deubenstrasse 17.
Leben-Geschäftsstellen: Halle 24
und Gr. Ulrichstrasse 22.

Nr. 69a.

Halle, Montag, den 11. Februar

1918.

Russland erklärt den Kriegszustand für beendet.

Kein formeller Friedensvertrag. — Völlige Demobilisierung der russischen Streitkräfte.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTF. Großes Hauptquartier, 10. Februar 1918.

Weltlicher Kriegshauptquartier.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In einzelnen Stellen der Front Westfront. In Grundsatzgeschichten werden nicht nur die Rüste Belgier und Franzosen, sondern auch die Russen, sowie zwischen Cambrai und St. Quentin Engländer gefangen.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Zu Maas-Gebiet, beiderseits der Mosel und in einzelnen Abschnitten nordöstlich und östlich von Nancy erhöhte Tätigkeit des Feindes. Französische Erkundungsabteilungen drangen in der Gelle-Niederung vorrückend in unsere Linien bei Alendorf ein; in der Gegend westlich von Blamont wurden sie vor unseren Hindernissen abgewiesen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Neue U-Boot-Erfolge im Aermelkanal.

WTF. Berlin, 9. Februar. Im Aermelkanal wurden von unseren U-Booten bei letzter feindlicher Gegenwehr 1 Dampfer und 2 Segler versenkt. Sämtliche Dampfer waren beladen und besaßen. Die Segler waren die englischen Schoner „Doric Bell“ und „Hertie William“.

Eins der U-Boote geriet am 5. Februar nachts unweit der französischen Nordküste mit einem feindlichen Motorboot in ein Gefecht, in dessen Verlauf das Motorboot durch die Artillerie des U-Bootes mit hoher Wahrscheinlichkeit versenkt wurde.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Die neue Regierung in Turkestan.

Stockholm, 10. Februar. Der Berichtstatter der „Telegraphen-Union“ erzählt: Die Regierung im selbständigen Turkestan ist gebildet worden. Zum Präsidenten ist der Kommissar für Post, Eisenbahn und Telegraphen, Kolicow, ernannt worden. Zu seinem Vertreter, zum Justizminister und zum Minister des Äußeren wurde Zaleski gewählt. Das Kriegsministerium haben Perisim und Stoffom, das Arbeitsministerium Volkostaj, das Kultusministerium Piezmehit, den Ackerbau Domogaj, die Finanzen Kotelnikow, die Ernährung Kaxalov, die Zivilangelegenheiten Kapow, den Handel Blazin, besondere Angelegenheiten Apisimoff übernommen. Das Leben ist wieder wie gewöhnlich. Die Lebensmitteltransporte werden von den Kasaken in der Nähe von Orenburg angehalten. Die Anordnungen der Kommissare werden von der Bevölkerung ohne Widerstand durchgeführt. Im nächsten Monat ist in Tashkent, dem Sitz der turkestanischen Republik, eine verfassunggebende Versammlung tagen.

Rumänische Friedensbestrebungen.

Wien, 9. Februar. Rumänische Blätter zufolge ist in der Moldau und in Besarabien eine nationale Bewegung unter den Rumänen entstanden, an der 148 Mitglieder der Kammer beteiligt sind. Die neue Partei hat auf ihr Programm die Rettung Rumaniens gesetzt. Angeblich verlangt diese Partei den Abschluss eines Friedens mit der Zentralmacht und macht davon ihr Verhalten zu König Ferdinand abhängig. Die Bewegung soll im rumänischen Offizierskorps starken Anklang haben.

Tagung der jüdischen russischen Soldaten.

Stockholm, 10. Februar. Die jüdischen Soldaten-Organisationen haben in Kiow ihre Beratungen begonnen. Während der ersten Sitzung wurde beschlossen, aus den russischen Regimentern auszuweichen und sich in innere russische Räume nicht einzumischen. Die Tagung dauert fort.

Brest-Litowit, 10. Februar. In der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende der russischen Delegation mit, daß Russland unter Berücksichtigung der Unterzeichnung eines formellen Friedensvertrages den Kriegszustand mit Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien für beendet erklärt und gleichzeitig Befehl zur völligen Demobilisierung der russischen Streitkräfte an allen Fronten erteilt.

Der Friedensvertrag zwischen dem Vierverband und der Ukraine.

Brest-Litowit, 9. Februar. Die hauptsächlichsten Artikel des zwischen den Verbündeten und der ukrainischen Volksrepublik abgeschlossenen Vertrages werden veröffentlicht:

Die Vertragschließenden erklären, daß der Kriegszustand zwischen ihnen beendet ist und sie entschlossen sind, miteinander fortan in Frieden und Freundschaft zu leben. Die Räumung der besetzten Gebiete wird unverzüglich nach der Ratifikation des Friedensvertrages beginnen und die diplomatischen und konsularischen Beziehungen ab dem sofort aufgenommen werden. Die vertragschließenden Teile verzichteten auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden einschließlich der Requisitionen. Die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden entlassen. Die wirtschaftlichen Beziehungen werden unter Zugrundelegung der früheren Handelsverträge und des Warenverkehrs geregelt. Die Ratifikation des Friedensvertrages soll baldmöglichst in Wien erfolgen.

Radel und General Bobinski.

Die Polen lehnen ab.

Stockholm, 10. Febr. Zu der von Radel und dem General a. D. Bobinski im Namen der Polen in Brest-Litowit übernommenen Aufgabe schreibt der in Petersburg erscheinende „Dziennik Polski“, daß die beiden Herren von niemand aufgefordert sind, die Interessen der Polen zu vertreten.

Die Ideale der beiden Herren, die den Bolschewiki gänzlich entgegenstehen, stehen mit den Idealen der Polen völlig im Widerspruch. Keiner der in England lebenden Polen erkennt die Bolschewiki-Regierung an und muß sich ihren Verordnungen nur unter höchstem Druck und Zwang fügen. Ebenso wie die Auffassung der unter dem Bolschewiki mitarbeitenden polnischen Kommission von den Polen als ein Gewaltakt der Bolschewiki-Regierung betrachtet wird, ebenso wie die in Russland lebenden Polen von Lenin gegründete polnische Kommission unter dem Bolschewiki-Bolschewik nicht anerkennen wollen, ebensowenig sind sie geneigt, die Vertretung der polnischen Interessen durch die beiden genannten Herren anzuerkennen. Am Radel und Bobinski gruppieren sich nur die wenigen Mitglieder der polnischen früheren Komitee, deren Zahl kaum 2000 Polen überschreiten dürfte.

Plünderung russischer Lebensmitteltransporte.

Stockholm, 10. Febr. Die mit großen Schwierigkeiten für Moskau und Petersburg angelauten und mit der Bahn verschickten Lebensmitteltransporte werden, dem „Utro Rossij“ zufolge, unterwegs gänzlich ausgeplündert und belaudet, so daß die beladenen Eisenbahnwagen nach den Bestimmungsorten entweder gar nicht gelangen oder völlig leer einlaufen. In der vorigen Woche wurden von den Plünderern auf der Station Antropow 80 mit Getreide voll beladene Wagen, die nach Moskau bestimmt waren, gänzlich ausgeplündert. Mehrfach kam es vor, daß das Getreide verladen, behältet und dann sofort wieder gestohlen wurde, ohne die Station verlassen zu haben.

25 Jahre Bund der Landwirte!

Von Professor Dr. Voormann, R. d. R.

Am 18. Februar 1893 wurde der Bund der Landwirte begründet. Wenn wir während der 25 Jahre seines Bestehens kaum jemals seine politischen Ziele und seine Tatkraft verfolgen konnten, so haben wir doch nie verkannt, daß er von Anfang an einen starken Einfluß auf unser gesamtinnerpolitisches Leben ausgeübt hat. Wir hätten gewünscht, er wäre ein gewinniger und vor allen Dingen ein anderer gewesen, denn heilsam war er nicht. Selbstverständlich bestreitet kein Mensch den Landwirten das Recht, wenn ihnen ihre gesetzliche und sonstige Vertretung nicht genügt, sich zum Zusammenschluß und ihre Interessen auch mit den Mitteln des politischen Kampfes zu fördern. Was jedem anderen Berufsstand erlaubt ist, wird niemand den Landwirten verweigern wollen. Gegen den Bund der Landwirte an sich wird sich also nichts einwenden lassen und ebenso wenig gegen seine allgemeine Politik. Es sind die Besonderen Ziele, denen er aufträte und die von ihm im politischen Kampf bevorzugten Methoden, die wir beanstanden.

Doch die deutschen Landwirte sind in den neunziger Jahren vielfach in einer schwierigen Lage gewesen. Es richtig, ihr Recht zu bejahen, wenn damals, wie es auch heute noch geschieht, der Staat in den capitulativen Handelsverträgen, der Goldwährung, dem Terminhandel in Getreide, der Preislosigkeit und anderen, angeblich liberalen Schöpfungen gefandert wurde. Die deutsche Landwirtschaft begann gerade damals, wie wir nicht bezweifeln wollen, ihren technischen Aufschwung zu nehmen, denn sie ihre hervorragende Stellung in der alten Ackerbau-treibenden Kulturwelt verlor. An Kraft gebrauchte es ihr demnach nicht, und alle Anstrengung, die bestehende Krisis wegzumachen oder im nächsten Jahr, jedenfalls aber in kurzer Zeit unweigerlich zum Zusammenbruch führen und an Stelle des einst blühenden Wohlstandes nichts als unheimliches Elend zurücklassen, erweisen sich als falsch. Das es so kam, daß die größten Schwertgeister und Gefährten bereits überwunden waren, als der neue Zolltarif von 1906 in Kraft trat, bleibt eine Ruhmesstat der Landwirtschaft. Der Bund hat wenig mehr als nichts hierzu beigetragen. Denn von den großen und kleinen Mitteln, die er in Vorjahr brachte und von denen angeblich allein die Rettung abhing, ist abgesehen von der Reform von 1896, den Landwirtschaftsvereinigungen und einer Verstärkung des Grenzschutzes gegen Fremde, nichts verwirklicht worden. Vielmehr verdient nach das Margarinegesetz Erwähnung und die jenseitige Bräunlichwirtschaft beim Zucker. Das ist von dem bei der Gründung aufgestellten vertragsmäßigen sogenannten Trost-Programm nur ein kleiner Teil. Zudem erwies sich eine Wiltdeutung der Vorjahresrechnung, welche auch in den für die Landwirtschaft bedeutungsvollen Bestimmungen ganz als erledigt, weil man im Uebereifer zu weit gegangen war und zugleich mit dem Terminhandel Handelsvertragsformen erbotene hatte, die die Landwirtschaft, nach dem eigenen späteren Eingeständnis der Bundesführer, gar nicht ertragen konnte. Leider dauerte es bis zum Jahre 1908, ehe die schädigenden Bestimmungen beseitigt wurden.

Der Kampf des Bundes gegen die Handelsvertragspolitik, der mit dem Sturmlauf gegen den rumänischen und russischen Vertrag einleitet, wird bis heute von der freien Presse bestritten, daß handelspolitische Vereinbarungen stets und ausschließlich auf Kosten der Landwirtschaft geschlossen werden und aus diesem Grunde unter allen Umständen vermieden werden. Zum Glück ist der Kampf in der Hauptache erfolglos geblieben. Um ebenso die unheimliche Lage mit der Festlegung des Jahres 1908, die dem Bund jeder aus hochachtungsvollerer Kreise den Keim zurugab, daß die Möglichkeiten der Nation nahe daran waren, die ganze Zollreform und damit den verklärten Jollismus für die Landwirtschaft zu verlieren zu lassen. Im Grunde genommen ist also die Einwirkung des Bundes auf den Gang der Wirtschaftspolitik gleich Null oder weniger als Null gewesen. Vielmehr kann sich der Bund an Stelle dessen mit einem Recht darauf berufen, daß sich seit seinem Auftreten und infolge seiner Agitation ein gewisser Wandel in den wirtschaftspolitischen Anschauungen vollzogen habe. Ziemlich nicht fraglich, ob dieser Wandel, den herbeigeführt zu haben er sich rühmt, innerlich begründet oder nur auf äußerlicher Wirkung beruht. Wir wollen nicht bestreiten, daß es bei manchem der Fall war. Demgegenüber bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß die eigentlichen Kernstücke seiner Bestrebungen, welche er gebildet und zum guten Teil ausgeführt und Klagen von der politischen Bismarck-Verfahren durchgeführt haben.

